



Rule Britannia? Brexit, Global Britain und Post-imperiale Hybris

von Jürgen Wagner

Inhaltsverzeichnis

1. Das Global-Britain-Programm der Henry Jackson Society

- 1.1 Großbritannien: Der entfesselte Gulliver
- 1.2 "Wächter" der Regelbasierten Weltordnung
- 1.3 Ostasien: Zukunft der Geopolitik
- 1.4 Ausbau der Militärpräsenz im Indo-Pazifik

2. Gavin Williamson auf imperialer Mission

- 2.1 Großbritannien in der Blüte seiner Macht
- 2.2 Neue Militärbasen östlich von Suez
- 2.3 Kanonenbootpolitik: Fregatten – Flugzeugträger – FONOPS
- 2.4 Reminiszenzen ans Empire

3. Das Globale Britannien auf dem Holzweg

- 3.1 Wessen Regeln – Wessen Profite?
- 3.2 Diego Garcia: Offenbarungseid der Regelbasierten Ordnung
- 3.3 Auf Kollisionskurs mit China
- 3.4 Global Britain – Britain Alone!

4. Post-Imperiale Hybris

Kästen

- Henry Jackson Society: Gut vernetzte Hardliner
- Machtpolitische instrumentalisierte Entwicklungshilfe
- Deutschland: Not amused

Einleitung

[.:*Herrsche, Britannia! Britannia beherrsche die Wellen;*]
(*Rule Britannia*, inoffizielle Nationalhymne, 1740)

Unter dem Schlagwort „Global Britain“ unternimmt die britische Regierung seit einiger Zeit beträchtliche Anstrengungen, um einem machtpolitischen „Brexit-Kater“ zu entgehen, indem sie buchstäblich in die Offensive geht. Obwohl der erstmals bereits im Oktober 2016 von Premierministerin Theresa May ins Spiel gebrachte Begriff die aktuelle Debatte um die künftige britische Rolle in der Welt maßgeblich prägt, wurde dennoch vielfach seine Schwammigkeit beklagt.

Vor diesem Hintergrund begann die neokonservative „Henry Jackson Society“ (HJS) mit ihrem „Project for Democratic Geopolitics“ vor einiger Zeit damit, sich um die Operationalisierung des Begriffs „verdient“ zu machen. Im Rahmen ihres „Global-Britain-Programms“ tritt die Organisation vor allem für ein machtpolitisch deutlich „selbstbewussteres“ Auftreten des Landes ein. Augenscheinlich handelt es sich hier um einen schlimmen Fall post-imperialer Hybris: Auf welcher Basis auch immer sieht die HJS das Land als einen machtpolitischen Koloss, der nun, da dem britischen Gulliver nicht mehr durch die machtpolitische Kleingeistigkeit der EU die Fesseln angelegt seien, endlich seine volle Stärke ausspielen könne und müsse.

Die Liste der daraus abgeleiteten Forderungen ist lang: Sie reicht von einer massiven Erhöhung des Militärhaushaltes über die Ausweitung der militärischen Präsenz (insbesondere im Indo-pazifischen Raum) bis hin zur Anschaffung neuer Kriegsschiffe. Für sich genommen wäre diese Wunschliste einer ultramilitaristischen Denkfabrik womöglich nur am Rande bemerkenswert – regelrecht bedrohlich wird sie aber dadurch, dass sich Verteidigungsminister Gavin Williamson augenscheinlich auf die Fahnen geschrieben hat, die HJS-Vorschläge Schritt für Schritt in die Praxis umzusetzen. Den Auftakt machte er dabei Ende letzten Jahres mit einem Interview, in dem er die Einrichtung zweier neuer Militärbasen ankündigte, woraufhin er am 11. Februar 2019 mit einer programmatischen Grundsatzrede beim „altherwürdigen“ „Royal United Services Institute“ (RUSI) nachlegte, in der er u.a. die geplante Neuanschaffung von Kriegsschiffen und ihre Verlegung in den Indo-pazifischen Raum bekanntgab.

Hinter diesen Bestrebungen steht eine Reihe von Motiven, die zusammen einen toxischen Mix ergeben, der vor allem die Gefahr von Konflikten mit China deutlich vergrößert. *Erstens* will die Regierung mit dieser Dampfplauderei ihrer Bevölkerung angesichts des bevorstehenden Brexits Vertrauen in die Fähigkeit und Stärke des eigenen Landes vermitteln; *zweitens* spielen aber auch sehr viel handfestere Überlegungen eine wichtige Rolle: Den drohenden Einbruch u.a. im Handel mit den EU-Märkten vor Augen, wird offen der Überzeugung Ausdruck verliehen, eine erhöhte Militärpräsenz im Wachstumsmarkt Ostasien werde sich auch „positiv“ auf die britischen Handelsinteressen in der Region auswirken; *drittens* hängt damit eine generelle Überzeugung zusammen, die „Regelbasierte Weltordnung“ („rule-based international order“), die sich für das Land als so überaus profitabel erwiesen hat, sei durch Russland, insbesondere aber durch China fundamental bedroht, weshalb Großbritannien als ihr „Wächter“ zu ihrer Verteidigung aufgerufen sei; und schließlich paart sich dies, wie bereits angedeutet, *viertens* mit einer Art post-imperialer Hybris, in der bar jeder realen Grundlage versucht wird, an die vermeintliche Glorie längst vergangener Zeiten anzuknüpfen.

Speziell Verteidigungsminister Gavin Williamson scheint wild entschlossen zu sein, den Geist des untergegangenen Imperiums wiederbeleben zu wollen. Überdeutlich wurde dies, indem er

sich für sein Interview Ende letzten Jahres mit allen Insignien – vergangener – britischer Macht abbilden ließ, um seine Vision eines Globalen Britanniens unmissverständlich in die bevorzugte Traditionslinie zu stellen. Empire statt EU lautet die Devise: „Eine imperiale Nostalgie hat die ganze Zeit den Druck auf einen Brexit überschattet. Brexit-Hardliner beschworen Visionen eines Großbritanniens herauf, das seine einstige Pracht wiederherstellen könne, sobald es sich von den bürokratischen Fesseln der EU befreit hat; Regierungsmitglieder sprachen von einem ‚Empire 2.0‘, das auf neuen Handelsverträgen mit Commonwealth-Ländern fußt.“¹

1. Das Global-Britain-Programm der Henry Jackson Society

Nachdem Theresa May den Begriff „Global Britain“ im Oktober 2016 in die Welt gesetzt hatte, ging zunächst einmal das Rätseln los, was denn damit gemeint sein soll – ihre Ausführungen dazu ließen jedenfalls viele Fragen offen.² So merkte auch ein Bericht des Auswärtigen Ausschusses des britischen Parlaments im März 2018 an, die am häufigsten zu vernehmende Kritik laute folgendermaßen: „Das einzige, was bezüglich Global Britain klar ist, ist dass es unklar ist, was es bedeutet, für was es steht und wie sein Erfolg gemessen werden soll.“³

Um hier Abhilfe zu schaffen und um den Begriff im eigenen Sinne aufzuladen, startete die „Henry Jackson Society“ bereits im Herbst 2017 ihr „Global-Britain-Programm“, über das es auf der entsprechenden Webseite heißt: „Das Programm zielt darauf ab, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit für eine offene, selbstbewusste britische geopolitische Strategie im 21. Jahrhundert aufzuklären – unter Rückgriff auf die einzigartigen britischen Stärken nicht nur als Verfechter des Liberalismus und der nationalen Demokratie, sondern auch als Wächter sowohl über die europäische als auch die internationale Ordnung.“⁴

Von insgesamt zehn Publikationen⁵, die bislang in dieser Reihe erschienen sind, werden im Folgenden vor allem fünf näher betrachtet, die nahezu das gesamte Spektrum der Debatte abdecken. Sie beschäftigen sich mit den aktuellen machtpolitischen Kapazitäten des Landes (HJS0⁶), der Rolle des Indo-Pazifiks im Rahmen von Global Britain (HJS1⁷) und der generellen Bedeutung der Region (HJS2⁸) sowie mit der Rolle „ziviler“ (HJS3⁹) und militärischer (HJS4¹⁰) Mittel zur Durchsetzung der mit Global Britain verwobenen Interessen.

Verfasst wurden die Berichte in unterschiedlichen Kombinationen vom konservativen Parlamentsabgeordneten Bob Seely, der auch Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist und sich bislang vor allem durch anti-russische Pamphlete bemerkbar machte.¹¹ Der nächste im Bunde ist John Hemmings, Direktor des „Asia Studies Centre“ der „Henry Jackson Society“, der zuvor u.a. vier Jahre beim RUSI beschäftigt war. Und schließlich wäre da noch HJS-Mitbegründer James Rogers, der jahrelang auf die europäische Strategiedebatte über die von ihm mit ins Leben gerufene „Group on Grand Strategy“ einen relevanten Einfluss hatte, sich nun aber – den Brexit vor Augen – wieder verstärkt nationalen Themen zugewendet hat.¹²

Die Berichte werden, unter anderem weil ihnen von namhaften Personen Gewicht verliehen wird, relativ breit rezipiert. So werden etwa in einem von Hemmings und Rogers verfassten Pamphlet zwei Admiräle und ein Vizeadmiral prominent am Anfang platziert, die sich voll des Lobes über die im Folgenden aufgetischten Forderungen der beiden Autoren äußern. Ein anderer Bericht von Seely und Rogers wurde sogar mit einem Vorwort des weiterhin einflussreichen Ex-Außenministers Boris Johnson „geadelt“. Und für die „Flaggschiff-Publikation“ des Global-Bri-

Henry Jackson Society: Gut vernetzte Hardliner

Die 2005 gegründete und mit engen Kontakten vor allem zu den konservativen Tories ausgestattete „Henry Jackson Society“ war von Anfang an sowohl national wie auch international bestens vernetzt. Zu den „internationalen Schirmherren“ zählte nahezu alles, was damals unter den US-Neokonservativen Rang und Namen hatte. Bis heute finden sich so ausgewiesene Hardliner wie Max Boot, Bruce P. Jackson, Robert Kagan oder William Kristol unter den internationalen Förderern. Zu den britischen Unterzeichnern der Grundsatzklärung zählen neben Vertretern des Militärs, diverser Denkfabriken und der Presse (die Times ist allein dreimal vertreten), vor allem eine ganze Reihe aktueller und ehemaliger Parlamentsabgeordneter.

Von den insgesamt 20 Parlamentariern der beiden größten Parteien haben Tory-Vertreter mit 12 zwar das deutliche Übergewicht, aber es fanden sich eben auch acht Labour-Abgeordnete dazu bereit, das sich hinter der „Grundsatzklärung“ („Statement of Principles“) verbergende Plädoyer für einen „robusten Kapitalismus“ zu unterzeichnen.

Ganz ohne Ironie wird darin ein „dreifaches Hurra auf den Kapitalismus“ ausgerufen, weshalb auch betont wird, dass „nur moderne liberale Demokratien als legitim gelten können.“ Ferner wird der „Aufrechterhaltung eines starken Militärs“ und der „militärischen Modernisierung“ hohe Priorität eingeräumt.

Obwohl von Anfang an weit in der rechten militaristischen Ecke platziert, schaffte es die „Henry Jackson Society“ über die Jahre noch weiter an den braunen Rand zu rücken. Die ausführlichste „Würdigung“ der Organisation kritisiert, vor allem seit der Aufnahme des „Centre for Social Cohesion“ im Jahr 2011 hätten sich vor allem islamophobe Tendenzen noch einmal deutlich verschärft. Dennoch gilt die „Henry Jackson Society“ heute als der „führende Vertreter des Neokonservatismus im Vereinigten Königreich.“¹

Anmerkung

- 1 Griffin, T, Aked, H, Miller, D & Marusek: The Henry Jackson Society and the degeneration of British neoconservatism, Glasgow 2015, S. 5.

Rangliste geopolitischer Machtkapazitäten

1. USA	100%
2. Großbritannien	57,1%
3. China	56,9%
4. Frankreich	52,6%
5. Deutschland	49,4%
6. Kanada	46,5%
7. Japan	48,2%
8. Australien	42,3%
9. Indien	38,1%
10. Russland	37,9%
11. Südkorea	37,4%
12. Italien	36,5%
13. Brasilien	33,2%
14. Südafrika	30,1%
15. Argentinien	29,0%
16. Indonesien	28,5%
17. Türkei	26,4%
18. Mexiko	26,0%
19. Saudi-Arabien	24,3%
20. Nigeria	21,8%

Quelle: Rogers, James: *Audit of Geopolitical Capability 2019: An Assessment of Twenty Major Powers, Henry Jackson Society, 4th January 2019, S. 28 (zit. als HJS0)*

tain-Programms, die „Audit of Geopolitical Capability“, legten sich gleich fünf Parlamentarier im Vorwort ins Zeug, um deren zentrale Aussage dem heimischen Publikum anzuempfehlen.

1.1 Großbritannien: Der entfesselte Gulliver

Ausgangspunkt aller Überlegungen im Rahmen von Global Britain ist die „Analyse“ – oder besser: die Behauptung –, das Land verfüge weiterhin über umfassende Machtressourcen, die es ihm ermöglichen, das internationale Umfeld entlang der eigenen Interessen zu beeinflussen, wenn nicht gar zu formen. Dies war bereits das Ergebnis der ersten „Audit of Geopolitical Capability“ im Jahr 2017, bei der eine Reihe von Kriterien zusammengeleimt wurden, die am Ende das Resultat ergaben, dass Großbritannien hinter den USA das zweitmächtigste Land der Erde sei.¹³ Auch die neueste „Audit-Fassung“ vom Januar 2019 kommt zu demselben Ergebnis: Die Macht des Westens sei (nahezu) ungebrochen, er „verfügt weiterhin über einen substantiellen Vorsprung über die auftauchenden Rivalen.“ (HJS0: 3) Der allenthalben angestimmte Katzenjammer vom Abstieg des Westens, „deklinitische Narrative“ also, seien deshalb „ziemlich überzogen.“ (HJS0: 3)

Natürlich ist es der Sinn und Zweck dieser Übung nahezulegen, dass Großbritannien auch ohne die EU machtpolitisch in der Lage sei, seinen Interessen auf globaler Ebene Geltung zu verschaffen. Um keine Missverständnisse über die Kernaussage der „Audit“ aufkommen zu lassen, ließ sich Alan Mendoza, der geschäftsführende HJS-Direktor, folgendermaßen zitieren: „Es

gibt endloses Gerede darüber, dass die Tage Großbritanniens als einer Großmacht nach einem Brexit gezählt seien. Tatsächlich bleiben wir das zweitmächtigste Land der Erde [...]. Nun benötigen wir eine Global-Britain-Strategie, um dieser Realität zu entsprechen und um ein Sprungbrett für künftigen nationalen Erfolg in der Brexit-Ära bereitzustellen.“¹⁴

Mehr noch: Es wird alles daran gesetzt, um aus der sich abzeichnenden Brexit-Not eine machtpolitische Tugend zu konstruieren: „Es ist wahr, dass es mannigfaltige Herausforderungen gibt und keine einfachen Alternativen zum Zugang zum EU-Binnenmarkt existieren. Aber [...] dem Vereinigten Königreich verhilft dies auch zu einer einmaligen Chance, seine außenpolitische Herangehensweise an die Welt zu überdenken und gezielt einen neuen Ansatz zu verfolgen, der eher den heutigen Zeiten entspricht.“ (HJS1: 5) Und weiter: „Die historisch bedeutsamste Auswirkung des Brexits besteht darin, dass das Vereinigte Königreich seine Seemacht wiederaufbauen kann – sowohl seine kommerzielle wie auch seine maritime.“ (HJS1: 6)

Ausgehend von der Behauptung also – zur Kritik siehe dann unten – einer nahezu ungebrochenen Machtfülle und einer sich durch den Brexit auftuenden Gelegenheit sieht die „Henry Jackson Society“ die britische Hauptaufgabe darin, zur „Verteidigung“ der „Regelbasierten Weltordnung“ des Westens beizutragen. Und natürlich soll das Land hierfür auch entsprechend hochgerüstet sein: Nahezu jeder HJS-Bericht fordert eine Erhöhung der britischen Militärausgaben von aktuell etwa 2% des BIP auf 3% – in Zahlen für 2018 also ein Anstieg von ca. 61,5 Mrd. Dollar auf etwa 88 Mrd. Dollar.¹⁵

1.2 „Wächter“ der Regelbasierten Weltordnung

Großbritannien sei, so also eine immer wiederkehrende Kernaussage, ein „Wächter der Regelbasierten Ordnung“ (HJS3: 32). Dabei handele es sich um das vom Westen geschaffene Geflecht internationaler Organisationen und rechtlicher Rahmenbedingungen, die über viele Jahre das internationale Geschehen dominiert hat. Kurz gesagt – soviel an Kritik schon einmal vorneweg: Die „Regelbasierte Weltordnung“ repräsentiert die wesentlichen Elemente der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung mit den ihr eingeschriebenen Profit-, Hierarchie- und Ausbeutungsstrukturen.

Dieses System sei nun gefährdet: „Als Wächter der Regelbasierten Ordnung kommt Großbritannien eine Rolle zu, Versuchen derjenigen entgegenzutreten, die die Regeln unterminieren möchten, auf denen die Welt fußt.“ (HJS2: 3)

Diese „Herausforderung“ wird, ganz üblich im aktuellen Diskurs, dann eingeordnet in eine Art neuen Kalten Krieg, der nun zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ ausgefochten werde: „Trotz aller Hoffnungen in den 1990ern befinden wir uns heute in einem globalen Kampf um Einfluss zwischen liberalen Demokratien und neoautoritären Staaten [...]. Die Welt befindet sich erneut in einer Ära der permanenten Konkurrenz und der Stellvertreterkriege.“ (HJS3: 17 und 22)

In Wahrheit sehen sich hier weniger „demokratische“ und „autoritäre“, sondern „neoliberale“ und „staatskapitalistische“ Kontrahenten gegenüber, wobei sich die Konflikte aus den an die jeweiligen Interessen angepassten unterschiedlichen „Regelsets“ ergeben: „Großbritannien ist am Regelbasierten internationalen System gelegen [...]. Chinesische Alternativen wären nicht im britischen Interesse.“ (HJS1: 4)

Zustimmend wird in einer der HJS-Publikationen in diesem Zusammenhang aus dem „National Security Capability Review“ vom März 2018 zitiert, in dem es heißt: „Als Global Britain [...] verfechten wir das regelbasierte System, das in unserem Interesse als einer globalen Handelsnation ist und dem vitale Bedeutung zukommt, nachdem geopolitische Auseinandersetzungen zunehmen.“ (zit. bei HJS2: 7)

1.3 Ostasien: Zukunft der Geopolitik

Mit Blick auf Russland wird zwar die Ukraine als „ein ‚Frontstaat‘ im Kampf zwischen liberalen Demokratien und dem Autoritarismus“ bezeichnet (HJS3: 33). Es ist aber vor allem eine Region, der die HJS in fast allen Publikationen die meiste Aufmerksamkeit schenkt: Ostasien. Die Region biete sich als Alternative zum Zugang zum EU-Binnenmarkt regelrecht an: „Trotz

der Gefahren und Herausforderungen in der Peripherie des Vereinigten Königreichs wie Russland und der Mittlere Osten ist es eine Tatsache, dass die Zukunft des globalen Handels, der globalen Geopolitik und der globalen Macht nach Asien hintendiert und Großbritannien sich dem hinwenden oder es riskieren muss, außen vor zu bleiben.“ (HJS1: 11) Gleichzeitig wird betont, dass es dabei durchaus ruppig zugehen kann: „Allerdings, sollte sich Global Britain Asien zuwenden, und sollte es dies über das Meer tun, wird es einen Raum vorfinden, der zunehmend umkämpft ist.“ (HJS1: 14)

Anteil Asiens am Weltsozialprodukt

1700	60%
1870	38%
1950	18%
1980	19%
2010	28%
2030	40%
2050	52%

Hemmings, John:
Global Britain in the
Indo-Pacific, Henry
Jackson Society, 22nd
May 2018, S. 12 (zit.
als HJS1)

Neben seiner generell wachsenden Bedeutung wird vor allem die zentrale Rolle einer Großregion innerhalb Ostasiens hervorgehoben: „Das Südchinesische Meer ist von zentraler Bedeutung für die sogenannte ‚Royal Route‘, eine der weltweit wichtigsten maritimen Kommunikationslinien, mit der sich umfangreiche britische Interessen verknüpfen.“ (HJS2: 8) Nahezu ein Drittel des weltweiten maritimen Handels (3,37 Bio. Dollar) würden jährlich das Südchinesische Meer passieren, ob also das dortige Geschehen im Sinne der eigenen Interessen gestaltet werden könne „markiert einen Lackmuestest für die Haltbarkeit der regelbasierten Ordnung.“ (HJS2: 22)

China sei in diesem Zusammenhang als „revisionistische“ Macht einzustufen: „Was ist also das Ziel der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer? [...] Es ist zunehmend offensichtlich geworden, dass Peking die Souveränität über den internationalen Raum entlang der gesamten Küstenlinie, über die unterseeischen Ressourcen und die maritimen Kommunikationslinien, die hindurch verlaufen, erlangen will.“ (HJS2: 12) Um dieses Ziel zu verwirklichen, wird China – in einem völlig schrägen Vergleich – vorgeworfen, „sehr viel sorgsamer, als dies Berlin 1938 tat, eine ‚Salamitaktik‘ anzuwenden.“ (HJS2: 22)

Um dem einen Riegel vorzuschieben und um der – im Zuge des Brexits noch einmal gewachsenen – Bedeutung Ostasiens für die britischen Interessen Rechnung zu tragen, bedürfe es einer größeren Militärpräsenz in der Region: „Aus Sicht des Nexus Wirtschaft-Strategie werden sich Länder rund um das Südchinesische Meer [...] eher auf eine dauerhafte und lukrative Handelspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich einlassen, wenn die Royal Navy in der Lage ist, ihre Sicherheit deutlich robuster zu untermauern.“ (HJS2: 16)

1.4 Ausbau der Militärpräsenz im Indo-Pazifik

Auch HJS-Mitbegründer James Rogers betont die allgemeinen Vorteile einer militärischen Präsenz in der Region: „Sollte das Vereinigte Königreich seinen Einfluss im Indo-Pazifik aufrechterhalten wollen, muss es [...] eine dauerhaftere militärische Präsenz in der Region haben.“ (zit. bei HJS1: 27) Konkret diene eine Militärpräsenz folgenden beiden Gründen: „Erstens, und am wichtigsten, verteidigt das Vereinigte Königreich die Regelbasierte Weltordnung und China scheint der wahrscheinlichste – und fähigste – Kandidat, um sie in einer Weise radikal zu ändern, die nicht im britischen Interesse ist. Und zweitens ist seine [Chinas] Militarisierung des Südchinesischen Meeres, einer zentralen Handelsroute, nicht nur ein Symptom für die Herausforderung dieser Regelbasierten Ordnung; sie kollidiert auch direkt mit britischen Handelsinteressen (etwa 12% des britischen Handels durchquert diese Wasserstraße).“ (HJS1: 22)

Direkt wird daraufhin unter anderem die dauerhafte Verlegung des Flugzeugträgers HMS Queen Elisabeth vorgeschlagen, wobei auf die britische Basis in Duqm (Oman) zurückgegriffen werden könne: „Bei voller Einsatzbereitschaft 2020-2021 wird die HMS Queen Elisabeth, mit 70.000 Tonnen der größte Flugzeugträger der je für die Royal Navy gebaut wurde, zusammen mit der US Gerald Ford der mächtigste konventionelle Militärapparat sein, der jemals zur See gelassen wurde. Die HMS Queen Elisabeth zusammen mit einer Eskortgruppe – Zerstörer, Fregatten, atomaren U-Booten und Hilfsschiffen – ins Südchinesische Meer zu entsenden wäre eine machtvolle Demonstration nicht nur der globalen Reichweite der Royal Navy, sondern auch der Bereitschaft und Entschlossenheit des Vereinigten Königreichs das Seerecht aufrechtzuerhalten und der Regelbasierten Weltordnung Nachdruck zu verleihen.“ (HJS2: 17)

Machtpolitische instrumentalisierte Entwicklungshilfe

Als „zivile“ Ergänzung zu den militärischen Plänen, britische Interessen in Ostasien durchzusetzen, versteht sich der HJS-Bericht „Global Britain: A Twenty-First Century Vision“ (HJS3), der sicherlich nicht zufällig zeitgleich mit der Grundsatzrede von Verteidigungsminister Williamson am 11. Februar 2019 vorgestellt wurde. Die Verfasser James Rogers und Bob Seely fordern darin explizit, die Entwicklungshilfe systematisch vor den Karren des Globalen Britanniens zu spannen.

Völlig neu sind derlei Ambitionen natürlich nicht: Nachdem sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allmählich ein Konsens herausbildete, die Entwicklungshilfe möglichst strikt von außenpolitisch-militärischen Interessen abzutrennen und auf Neutralität und Armutsbekämpfung zu verpflichten, fällt dieses Grundverständnis seit Jahren leider rapide in sich zusammen.¹ Trotz der weitreichenden Militarisierung, die die Entwicklungshilfe in den letzten Jahren auf nationaler, europäischer und auch weltweiter Ebene hinnehmen musste, wäre die Umsetzung der HJS-Vorschläge ein Vorstoß in eine noch einmal ganz andere Dimension.

Im Zentrum steht gleich zu Beginn eine flammende Liebeserklärung an den globalen Kapitalismus: „Es war der globale Kapitalismus, gestützt auf britische und US-amerikanische Investitionen, der mit Abstand am meisten zur Linderung der weltweiten Armut beigetragen und Dutzende Millionen Menschen aus der Armut befreit hat. Chinas Einführung freier Märkte – wenn auch ohne demokratische Institutionen und häufig zulasten der Umwelt – hat deutlich über 850 Mio. Menschen aus extremer Armut befreit.“ (HJS3: 26)

Die Segnungen des „globalen Kapitalismus“ ausgerechnet mit China zu begründen, das viele der vom Westen gepredigten neoliberalen Glaubensgrundsätze eben nicht übernahm, ist reichlich abwegig. Aber nur so wird eben ein Schuh daraus, am Ende argumentieren zu können, die Durchsetzung des „globalen Kapitalismus“ sei die effektivste Armutsbekämpfung, auf die dann wiederum auch die Entwicklungshilfe auszurichten sei.

Auf dieser Grundlage beginnt es mit der Forderung, u.a. das Entwicklungshilfeministerium (Dfid) ins Außen- und Commonwealth-Ministerium zu integrieren – vorgeblich, um eine kohärentere Ver-

ausgabung von Geldern zu ermöglichen (HJS3: 7). Tatsächlich verbirgt sich hinter solchen Ambitionen stets die Absicht, die Entwicklungshilfe noch stärker auf die nationale außenpolitische Agenda zu verpflichten.

Weiter wird zum Generalangriff auf die „Öffentliche Entwicklungshilfe“ (ODA) geblasen, die – eigentlich – entlang der vom OECD-Entwicklungsausschuss definierten Kriterien auf die strikte Bekämpfung der Armut verpflichtet ist. Die ODA-Zahlen sind insofern hochrelevant, als sie darüber Aufschluss geben, inwieweit die Entwicklungsländer ihrer mit der UN-Resolution 2626 vom 24. Oktober 1970 eingegangenen Verpflichtung nachkommen, mindestens 0,7% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) als ODA zu verausgaben. Kämen sie ihren Verpflichtungen nach, so hätten im Jahr 2017 nicht 125 Mrd. Dollar an ODA zur Verfügung gestanden, sondern 325 Mrd.²

Die lange Jahre relativ strikte Fokussierung der ODA-Kriterien auf die unmittelbare Armutsbekämpfung half dabei, einer machtpolitischen Vereinnahmung und Zweckentfremdung von Hilfsgeldern zur Durchsetzung ökonomisch-strategischer Interessen ein klein wenig Einhalt zu gebieten. Und genau dies scheint ein Dorn im Auge zu sein, denn der HJS-Report fordert nun, Großbritannien müsse die „Freiheit haben, Hilfe so zu definieren, wie das Land es für passend erachtet.“ (HJS3: 8)

Dabei werden Ideen vorgebracht, wie das Budget der BBC von 339 Mio. Pfund (2017) auf 1 Mrd. Pfund aufzustocken und diese Ausgaben künftig als ODA zu deklarieren, um sich hierüber „besser“ in Stellung zu bringen für die „globale Auseinandersetzung mit autoritären Staaten um die Gestaltung der Narrative und Werte in der Welt.“ (HJS3: 33f.) Vor allem aber sollen Entwicklungshilfegelder künftig zur Querfinanzierung rein militärischer Ausgaben herangezogen werden können: „Die gesamten Ausgaben für UN-Friedenseinsätze sollten über Entwicklungshilfegelder finanziert werden, wobei die dadurch im Verteidigungshaushalt freiwerdenden Gelder dazu verwendet werden sollten, die britischen Verteidigungskapazitäten auszubauen.“ (HJS3: 8)

Früher waren sämtliche Ausgaben für Militäreinsätze jedweder Art strikt von der ODA ausgeschlossen – nach zwei „Öffnungsrunden“ ist dies heute nicht

mehr der Fall. Der Großteil der Einsatzkosten lässt sich allerdings bislang weiter nicht über Gelder zur Armutsbekämpfung querfinanzieren. Dementsprechend beklagt der HJS-Bericht von den 345 Mio. Pfund, die Großbritannien 2017-2018 für UN-Friedenseinsätze verausgabte hätte, sei „nur bei 76 Mio. Pfund das Ergebnis gewesen, dass sie den ODA-Kriterien genügen.“ (HJS3: 26)

Der Bericht schlägt deshalb drei Möglichkeiten vor, um diesen vermeintlichen Missstand zu beheben – mit Präferenz auf der ersten Option: „1. Darauf zu drängen, die OECD-Regeln dahingehend zu ändern, dass es dem Vereinigten Königreich (und anderen Ländern) möglich wird, die ODA-Kriterien zu erweitern; 2. Die Ausgabenziele des Vereinigten Königreichs zu reformieren, indem sich darauf geeinigt wird, dass 0,5% als ODA ausgegeben werden; 3. Sich der ODA-Definition der OECD zu entledigen und sie durch eine Definition des Vereinigten Königreichs ersetzen.“ (HJS3: 27)

Den jüngsten Zahlen zufolge rechneten die Industrienationen schon 2016 Ausgaben für sicherheitspolitisch relevante Bereiche in Höhe von knapp 3 Mrd. Dollar als ODA ab, die somit der Armutsbekämpfung nicht zur Verfügung standen.³ Sollten sich die HJS-Vorstellungen in irgendeiner Form für die generellen ODA-Definitionen durchsetzen, würde diese Zahl durch die Decke schießen, was umso problematischer ist, da der HJS-Bericht selbstbewusst betont, dass „Großbritannien seit 2012 bereits einige Erfolge mit internationalen Neudefinitionen erzielt hat.“ (HJS3: 26)

Anmerkungen

- 1 Siehe Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung, *IMI-Studie* 2007/10.
- 2 The Changing Faces of Development Aid and Cooperation: Encouraging Global Justice or Buttressing Inequalities? *The Reality of Aid Report 2018*, S. 9.
- 3 Ebd., S. 16.





Land	Anteil am Welt-Bsp	Handel durch Südchin. Meer	Anteil am Gesamthandel
China	14,8%	\$1470 Mrd.	39,5%
Indien	2,99%	\$189 Mrd.	30,6%
Brasilien	2,37%	\$77,3 Mrd.	23,4%
Japan	6,53%	\$240 Mrd.	19,1%
Großbritannien	3,46%	\$124 Mrd.	11,8%
Frankreich	3,26%	\$83,5 Mrd.	7,77%
USA	24,5%	\$208 Mrd.	5,72%

Quelle: Seely, Bob/Rogers, James: *Global Britain: A Twenty-First Century Vision*, Henry Jackson Society, 11th February 2019, S. 23 (zit. als HJS3)

Ferner wird der Ausbau bereits existierender wie auch die Einrichtung neuer Militärbasen in der Region gefordert: „In der Zukunft könnte die Royal Navy ihren Marinestützpunkt in Sembawang in Singapur ausbauen, um so dauerhaft mit Fregatten und/oder militärischen atomaren U-Booten in Südostasien operieren zu können. Zusätzliche Marine- oder Logistikstützpunkte könnten – mit deren Einverständnis – auch entweder in Malaysia oder Australien eröffnet werden, um so dem jeweiligen Land dabei zu helfen, schneller auf humanitäre Katastrophen (Taifune, Erdbeben, etc.) reagieren zu können.“ (HJS4: 14) Generell sei anzustreben, die „Zahl der Kriegsschiffe zu vergrößern, um eine dauerhaftere britische maritime Präsenz im Indo-Pazifik zu ermöglichen.“ (HJS2: 23)

Besonders zwei Maßnahmen müsse die Royal Navy umsetzen: Erstens gelte es mittels häufigerer „Freedom of Navigation Operations“ (FONOPS) die Freiheit der Seeschifffahrt zu gewährleisten, die seitens Chinas massiv eingeschränkt werde (HJS2: 19); und zweitens solle sich Großbritannien Partner suchen, um in „Freedom of Navigation Exercises“ (FONEs) auf das „Recht“ auf uneingeschränkte Manöver zu pochen. Vor allem die „Quad“ (USA, Indien, Japan und Australien) böte sich hierfür an (HJS2: 19) – aber auch eine „Entente mit Frankreich“, das ebenfalls großes Interesse an einem größeren militärischen „Fußabdruck“ in der Region habe, wird explizit ins Spiel gebracht (HJS1: 30).

2. Gavin Williamson auf imperialer Mission

Den „Global-Britain-Publikationen“ der „Henry Jackson Society“ wurde sowohl in der Tagespresse¹⁶ als auch im Fachdiskurs, etwa beim RUSI¹⁷, reichlich Beachtung geschenkt. Ihre ultimative „Adelung“ erfuhren sie aber, indem ihre Kernforderungen von Verteidigungsminister Gavin Williamson aufgegriffen und teils bereits in die Praxis umgesetzt wurden. Ob sich Williamson dabei direkt aus dem HJS-Fundus bedient hat, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit nachweisen – die Überschneidungen sind aber doch so weitgehend, dass eine Reihe von Beobachtern davon ausgeht, dass dies der Fall war.¹⁸

Seine Sichtweise auf die aktuelle Lage legte Williamson, über den sich hartnäckig Gerüchte halten, er strebe an, Theresa May als nächster Tory-Führer zu beerben, vor allem in einem Interview Ende letzten Jahres (GW1¹⁹) und einer Grundsatzrede im Februar 2019 (GW2²⁰) dar. Ihnen sind die Zitate des folgenden Kapitels sofern nicht anders gekennzeichnet entnommen, die – egal ob bewusst oder unbewusst – tatsächlich auffällig große Schnittmengen mit den aggressiven Ergüssen aus dem Hause der „Henry Jackson Society“ aufweisen.

2.1 Großbritannien in der Blüte seiner Macht

Auch Gavin Williamson legt ein ganz sonderbares – und dazu noch reichlich verklausuliertes – Verständnis über die aktuell herrschenden internationalen Machtverhältnisse an den Tag: „Der Rest der Welt sieht uns als machtpolitische zehn – während wir tatsächlich eine sechs sind; und die Briten selbst sich als eine fünf betrachteten, nicht als sechs und sicher nicht als zehn.“ (GW1) Williamson versucht hier wohl recht umständlich zu postulieren, dass Großbritanniens Potenzial weit über die im Land verbreitete Eigeneinschätzung hinausreichen würde – eine Bewertung, die er augenscheinlich mit der „Henry Jackson Society“ teilt. Hier dürfte auch eine der Ursachen dafür liegen, dass sich der britische Verteidigungsminister standhaft einzubilden scheint, dass andere Länder „auf uns blicken, damit wir die moralische Führung, die militärische Führung und die globale Führung übernehmen.“ (GW1)

Aus Williamsons Sicht ist ebenfalls die EU dafür verantwortlich, dass Großbritannien lange nicht in der Lage war, sein Potenzial zu realisieren: „Über eine so lange Zeit – buchstäblich für Jahrzehnte – wurde unsere nationale Betrachtungsweise durch die Linse der Europäischen Union eingefärbt.“ (GW1) Sollte dies nach einem Brexit nicht länger der Fall sein, würden sich aus Sicht des Verteidigungsministers immense Chancen eröffnen: „Ich bin der Überzeugung, dass sich Großbritannien eine der größten Gelegenheiten der letzten 50 Jahre eröffnet, um seine Rolle neu zu bestimmen.“ (GW2)

Eine neue Standortbestimmung sei auch bitter nötig, so eine weitere Aussage: „Unsere Gegner nutzen in zunehmendem Ausmaß Cyberangriffe, Subversion und Informationsoperationen, um uns und die Regelbasierte Internationale Ordnung herauszufordern.“ (GW2) Aus diesem Grund sei es Zeit für einen machtpolitischen Befreiungsschlag: „Im Zeitalter der Großmachtauseinandersetzungen können wir uns nicht einfach damit zufriedengeben, unseren eigenen Hinterhof zu beschützen. Das Vereinigte Königreich ist eine globale Macht mit wirklich globalen Interessen. [...] Und nachdem das neue Große Spiel auf einem globalen Spielbrett ausgetragen werden wird, müssen wir darauf vorbereitet sein, um um unsere Interessen und Werte weit entfernt der Heimat zu ringen.“ (GW2)

Und natürlich benennt Williamson auch das vorrangige Instrument hierfür: „Unser Augenblick ist gekommen, einmal mehr dieser globale Akteur zu sein – und ich bin der Ansicht, dass die Streitkräfte dabei eine wirklich wichtige Rolle spielen.“ (GW1)

2.2 Neue Militärbasen östlich von Suez

Mit der 1968 angeordneten und bis 1971 vollzogenen Schließung einer Reihe von Militärbasen im Mittleren Osten galt nach allgemeinem Verständnis der Untergang des British Empire bzw. seine Ablösung durch die USA als besiegelt. Dieser Stachel sitzt augenscheinlich noch bis heute tief und immer wieder werden Forderungen erhoben, den verlorenen Boden wieder gut zu machen. Eine überaus prominente Stimme in diese Richtung meldete sich mit dem RUSI bereits im Jahr 2013 zu Wort, das damals in einem breit in Großbritannien debattierten Papier forderte, der militärische „Fußabdruck“ müsse „östlich von Suez“ wieder vergrößert werden.²¹

Tatsächlich unterhielt Großbritannien trotz des Teilrückzugs Anfang der 1970er ohnehin weiter eine Reihe von Militärbasen rund um den Globus – etwa auf den Falklandinseln, Zypern, Gibraltar und im Indischen Ozean (Diego Garcia). Und auch der Ausbau des „Fußabdrucks“ ist schon einige Zeit im Gange, wie unter anderem auch aus Reihen der „Henry Jackson Society“



Der Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth. Quelle: Wikipedia

bestätigt wird: „Tatsächlich ist Großbritannien mit der Eröffnung einer neuen Marinebasis in Bahrain und einem Logistikstützpunkt im Oman schon seit einem Jahrzehnt dabei, sich ‚östlich von Suez‘ neu aufzustellen.“ (HJS2: 7)

Verteidigungsminister Williamson hat sich augenscheinlich vorgenommen, den Ausbau der derzeitigen Präsenz weiter voranzutreiben. So wurde im April 2019 bekannt, dass Großbritannien die Fregatte HMS *Monrose* dauerhaft am Logistikstützpunkt in Bahrain belassen will, „der Drehscheibe für künftige britische maritime Einsätze östlich von Suez.“²²

Als Begründung für die hektischen Aktivitäten nannte Williamson in entlarvender Offenheit den Zusammenhang von ökonomischen Interessen im Indo-Pazifik und ihrer „notwendigen“ militärischen Absicherung: „Wir sind der zweitgrößte Auslandsinvestor in dieser Region. Wenn wir also dort ökonomische Interessen haben, haben wir dort auch militärische Interessen.“ (GW1) In diesem Sinne hatte der britische Verteidigungsminister bereits Ende 2018 angekündigt zwei neue Militärbasen, eine in der Karibik und eine im Indo-Pazifik errichten zu wollen. Als mögliche Standorte nannte er „Singapur oder Brunei im Südchinesischen Meer und Montserrat oder Guyana in der Karibik.“ (GW1)

In Singapur unterhält Großbritannien bereits einen Logistikstützpunkt und Brunei ist Sitz eines Gewehrregiments der britischen Armee, der „Royal Gurkha Rifles“, sowie einer Ausbildungsstätte zum Dschungelkampf („Jungle Warfare Training School“). Insofern handelt es sich bei den aktuell ventilierten Überlegungen im engeren Sinne tatsächlich nicht um neue Militärbasen, sondern um einen Ausbau der bisherigen Präsenz – auch wenn das Ganze dadurch nicht wirklich unproblematischer wird: „Eine ‚neue Militärbasis‘ in Brunei wäre somit nichts vollständig neues, aber sie würde die britische Präsenz und die Verpflichtungen gegenüber diesem freundlich gesinn-

ten Commonwealth-Land und anderen regionalen Verbündeten verstärken, was zu einer weiteren Zusammenarbeit im verteidigungspolitischen Bereich und darüber hinaus führen wird. Es lohnt sich darauf hinzuweisen, dass die Debatte um ‚neue Militärbasen‘ in Südostasien sich nicht um eine britische ‚Rückkehr‘ in die Region dreht, das Vereinigte Königreich ist nie abgezogen. Es geht darum, eine aktivere Rolle zu spielen.“²³

2.3 Kanonenbootpolitik: Fregatten – Flugzeugträger – FONOPS

Schon im Februar und Juni 2018 wurden die britischen Fregatten HMS *Sutherland* und HMS *Argyll* zwischenzeitlich ins Südchinesische Meer entsendet. Darüber hinaus kündigte Williamson im Februar 2019 die beschleunigte Anschaffung neuer Schiffe für küstennahe Gefechtsführung („Littoral Strike Ships“) und ihre Entsendung in den Indo-Pazifik an: „[Wir] investieren im Augenblick in ein Konzept für neue Schiffe zur küstennahen Gefechtsführung. Und sollte dies erfolgreich sein, werden wir dafür Sorge tragen, dass ihre Beschaffung drastisch beschleunigt wird. Diese global einsetzbaren Mehrzweckschiffe wären in der Lage ein breites Aufgabenspektrum zu absolvieren, von der Krisenunterstützung bis hin zur Kriegsführung. [...] Wir haben vor, dass diese Schiffe Teile von zwei Einsatzgruppen zur küstennahen Gefechtsführung bilden, ergänzt um Eskorten, Unterstützungsschiffe und Hubschrauber. Eine wäre östlich von Suez im Indo-Pazifik stationiert und eine westlich von Suez, im Mittelmeer, dem Atlantik, der Ostsee.“ (GW2) Um die Anschaffung dieser Kampfschiffe zu beschleunigen, kündigte Williamson die Nutzung des 160 Mio. Pfund schweren „Transformation Fund“, eine Art militärischer Sondertopf, an, der Berichten zufolge um weitere 340 Mio. Pfund aufgestockt werden soll.²⁴



Pose und „Beiwerk“, mit dem sich Verteidigungsminister Gavin Williamson für sein Interview im Independent ablichten ließ. Dieses Bild zeigt die Onlinefassung, Lesern der Printausgabe wurde der Globus vermutlich aus Platzgründen erspart. Quelle: *We are opening new overseas bases to boost Britain, The Independent, 30.12.2018.*

Bemerkenswert – und ebenfalls bereits von der HJS gefordert – ist auch die Aussage, die britische Basis Duqm im Oman als Sprungbrett für den Indo-Pazifik – insbesondere für Flugzeugträger – nutzen zu wollen: „Wir werden die Kette unserer globalen Logistikstützpunkte und Militärbasen strategischer nutzen [...], um dauerhaft harte und weiche Macht projizieren zu können. Die Hafenanlagen in Duqm im Oman sind groß genug, um unsere Flugzeugträger unterstützen zu können. [...] Und heute kann ich ankündigen, dass die erste Einsatzmission der HMS Queen Elizabeth das Mittelmeer, den Mittleren Osten und die pazifische Region einschließen wird.“ (GW2)

Es wird davon ausgegangen, dass die HMS Queen Elizabeth nach ihrer Entsendung im Indo-Pazifik „FONOPS“ durchführen soll, mit denen militärisch auf die – je nach Sicht – Freiheit oder Kontrolle der Seewege abgezielt wird: „[Williamson] hatte zudem angekündigt, dass der hochmoderne britische Flugzeugträger, die HMS Queen Elizabeth, auf seiner ersten Tour 2021 ins Mittelmeer und in den Pazifik bewegt werde. Dies wurde von vielen Beobachtern so verstanden, dass damit auch eine sogenannte ‚Freiheit der Schifffahrt‘-Operation (FONOP) im Südchinesischen Meer verbunden sei.“²⁵

2.4 Reminiszenzen ans Empire

Man mag es kaum glauben, aber fast bedenklicher als der Inhalt der beiden Auftritte von Gavin Williamson war seine Wort- und Bildsprache. Sicher nicht zufällig wimmelt es in seinen Ausführ-

ungen von Anspielungen auf das – untergegangene – Britische Imperium. Ein Beitrag im Independent wies darauf hin, in welchen Kontext sich Williamson sprachlich stellte: „Die Sprache, die Verteidigungsminister Gavin Williamson bei der Ankündigung neuer Stationierungen [von Kriegsschiffen] verwendete, war voll von Anspielungen auf vergangene Herausforderungen, Tapferkeit und Triumphe – er beschwor den Raj und das ‚Große Spiel‘ herauf, den Zweiten Weltkrieg, Churchill und die ‚dunkelsten Stunden‘ sowie ‚östlich von Suez‘.“²⁶

Hier eine Kostprobe: „Wenn wir auf unsere Lage in der Welt blicken, sollten wir uns vor Augen führen, dass wir eine Nation mit einem großen Erbe sind. Eine Nation, die einen Unterschied macht. Eine Nation, die standhaft ist. Unweigerlich wird es jene geben, die sagen werden, wir seien eine Nation, die sich auf dem absteigenden Ast befindet. Diejenigen, die glauben, dass wir, nachdem wir die Europäische Union verlassen haben, der Welt den Rücken zukehren werden. Aber nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen. Egal ob sie für den Austritt oder den Verbleib in der EU gestimmt haben: Die Menschen sind davon überzeugt, dass Großbritannien weiterhin eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne spielen muss.“ (GW2)

Aber auch bildlich ließ Williamson fast keine Anspielung aus – für seinen zentralen Aufschlag, das Interview im Independent Ende Dezember 2018, ließ er sich abbilden mit:

- dem Union Jack neben sich;
- einem Churchill-Bild im Hintergrund; und
- einem auf alt gemachten Globus am Rand.



Auf Diego Garcia stationierte Kampfflugzeuge. Quelle: Wikipedia

3. Das Globale Britannien auf dem Holzweg

Die gesammelten Werke aus den Reihen der „Henry Jackson Society“ sind eigentlich derart abenteuerlich, dass eine Kritik daran nicht nötig sein sollte – die Tatsache jedoch, dass sie augenscheinlich einigen Einfluss auf die praktische Ausgestaltung der aktuellen britischen Politik haben, macht dies aber dennoch erforderlich.

Ein erster Kritikpunkt trifft auch dann zu, sollte man keine Probleme mit derart militärisch-hemdsärmeliger Interessenspolitik haben, wie sie im Rahmen von Global Britain betrieben werden soll. Kurz gesagt läuft er darauf hinaus, dass die „positiven“ Auswirkungen, die sich die Protagonisten der militärischen Expansion davon versprechen, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eintreten werden. Die Staaten Ostasien lechzen keineswegs nach britischer Führung, so vehement sich das einige Personen der Regierung auch einzureden scheinen – selbst die nicht, die durchaus ihre Probleme und Konflikte mit China haben. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Vorstellung, sich militärisch handelspolitische Vorteile verschaffen zu können, an den Realitäten und Machtverhältnissen vorbeigeht. Die reichlich eigennützigen Motive Großbritanniens, sich als „Wächter“ einer scheinbar liberalen Ordnung auszugeben, entlarven sich spätestens dann als Heuchelei, wenn die „Spielregeln“ gebeugt werden, falls sie in bestimmten Fällen nicht im britischen Interesse sind: Die jüngsten rechtlichen Auseinandersetzungen um die britische

Rückgabe von Diego Garcia untermauern dies überdeutlich.

Dies alles ließe sich zynisch gesagt noch als britisches Privatvergnügen bezeichnen, doch das militärische Säbelrasseln in Ostasien verschärft die Gefahr, dass sich die Konflikte in der Region noch weiter zuspitzen. Der Glaube, es mit China „aufzunehmen“ zu können, scheint sich vor allem aus einer völligen Überschätzung der machtpolitischen Kapazitäten und Einflussmöglichkeiten des Landes zu speisen, was paradoxerweise dazu führen dürfte, dass seine Position weiter erodieren wird.

3.1 Wessen Regeln – Wessen Profite?

Zunächst einmal gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass der Blick auf die „Segnungen“ der „Regelbasierten internationalen Ordnung“ in vielen Ländern ein gänzlich anderer ist als der in Großbritannien. Sergey Karaganov, der als einer der engsten Berater des russischen Präsidenten gilt, beschreibt diese Sichtweise folgendermaßen: „Die Krise von 2008 hatte neben anderen Dingen gezeigt, dass das westliche Wirtschaftsmodell nicht in der Lage ist, mit fairer Konkurrenz umzugehen, wenn es nicht durch militärische Vorherrschaft abgesichert ist. Von der liberalen Handels- und Wirtschaftsordnung profitierten vornehmlich diejenigen, die ihre Regeln auf Grundlage ihrer militärischen und maritimen Überlegenheit entworfen haben, zuerst das Vereinigte Königreich, dann die Vereinigten Staaten. Ihre überlegenen Waffen und Kriegsschiffe machten es neben einer effizienten

Deutschland: Not amused!

Auch in Deutschland werden die sich verschärfenden Großmachtkonflikte schon seit einigen Jahren in der Regel als eine epische Auseinandersetzung zwischen „Gut“ („Demokratien“) und „Böse“ (Autokratien) geframt.¹ Wie bereits erwähnt, geht es hier treffender darum, dass die einen auf die Einhaltung bestimmter kapitalistischer Regeln pochen, während die anderen sie durch andere Regelsets ersetzen möchten.

Ein aktuelles Paradebeispiel wie die Auseinandersetzungen in Ostasien dabei genau in diese Form eingerahmt werden, sind Ausführungen des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr, Klaus Naumann, vom April 2019: „Noch wichtiger ist allerdings, dass sich ein Wettstreit zwischen mindestens zwei Weltordnungsmodellen abzeichnet: Da ist einerseits das westliche Modell einer regelbasierten demokratischen Ordnung. [...] Und da ist andererseits das chinesische Modell [...]. Diese beiden Modelle werden miteinander konkurrieren, weil sie aus einem einfachen Grund nicht miteinander in Einklang gebracht werden können: Das westliche Modell verspricht Freiheit, das chinesische Modell tut dies nicht. [...] Es ist dieses größere und wirklich globale Bild, vor dessen Hintergrund Europäer die Streitfragen im Südchinesischen Meer betrachten sollten.“²

Es sei ein „neuer Wettstreit um die globale Vormachtstellung in Gange“, so Naumann weiter, in dem die EU China nun beherzt entgegentreten müsse. Aus diesem Grund pocht der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, wenn auch etwas verklausuliert, auf eine dauerhafte EU-Militärpräsenz in der Region: „Daher sollten einzelne EU-Staaten und zu einem späteren Zeitpunkt die EU insgesamt ihre gelegentli-

che Marinepräsenz an den Ausgängen des Indischen Ozeans beibehalten. [...] Die Malakkastraße am Aus- und Eingang zum Südchinesischen Meer ist vermutlich das bedeutendste Nadelöhr des Welthandels, von dem ein recht großer Anteil auf Europa entfällt. [...] Frankreich und Großbritannien entsenden gelegentlich Schiffe ins Südchinesische Meer, und Deutschland wird sich ihnen hoffentlich in einer nicht allzu fernen Zukunft anschließen.“³

Ganz ähnlich forderte auch der Chef der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“, Karl-Heinz Kamp, eine größere (maritime) Rolle sowohl der NATO, aber auch der Europäischen Union in Ostasien: „In diesem neuen amerikanisch-chinesischen Bilateralismus kann die NATO ihre Bedeutung für die USA nur dadurch untermauern, wenn sie dazu beiträgt, Chinas potentiell globale Ambitionen einzudämmen und Peking davon abzuhalten, die liberale Regelbasierte Ordnung [...] durch seine eigenen Vorstellungen der internationalen Beziehungen zu ersetzen. [...] Langfristig aber [...] werden die europäischen NATO-Mitglieder ihre militärischen – vor allem ihre maritimen – Fähigkeiten ausbauen müssen, um in der asiatisch-pazifischen Region als der Gegend intensiver Auseinandersetzungen um die internationale Vorherrschaft operieren zu können. Dies wäre nicht nur aus Sicht der NATO, sondern auch aus der der EU mit ihrem Anspruch, ein wirklich globaler Akteur zu werden, erforderlich.“⁴

Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass der EU-Rat bereits unmittelbar nach dem Brexit-Referendum am 28. Juni 2016 eine neue EU-Globalstrategie billigte, die Ostasien in den Fokus möglicher europäischer Militäreinsätze rückte: „Die EU wird zur weltweiten maritimen Sicherheit beitragen und dabei

auf ihre Erfahrungen im Indischen Ozean und im Mittelmeer zurückgreifen und die Möglichkeiten für den Golf von Guinea, das Südchinesische Meer und die Straße von Malakka prüfen.“⁵

Da sich die britischen (und französischen) Aktivitäten in Ostasien aber derzeit komplett außerhalb der EU und damit dem Zugriff Deutschlands entfalten, treffen sie hierzulande keineswegs auf ungeteilte Begeisterung, ist man doch besorgt, dass hierdurch die eigenen Handelsinteressen geschädigt werden könnten. Am deutlichsten meldete sich diesbezüglich der gut vernetzte Fachjournalist Björn Müller zu Wort, unter anderem in einem Vortrag über „Die neuen Machtambitionen Frankreichs & Großbritanniens im Indo-Pazifik“ am 8. Januar 2019 beim „Sicherheitspolitischen Neujahrsempfang des BDI“.⁶

Kurz darauf legte Müller mit einem ausführlichen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nach: „Frankreich und Großbritannien wollen ihren sicherheitspolitischen Einfluss im Fernen Osten ausweiten. [...] Ziel von Briten und Franzosen ist es, von einem Trend der Geopolitik zu profitieren: Der Rückverlagerung des globalen Handels von der westlich-atlantischen Hemisphäre nach Asien, in den Indo-Pazifik. [...] Beide wollen sich den Indo-Pazifik-Staaten als Partnermacht gegen Sicherheitsrisiken empfehlen, vor allem mit Blick auf China. [...] Aus deutscher Sicht hat das Engagement von Briten und Franzosen im Indo-Pazifik vor allem zwei Probleme. Es gibt von deutscher Seiten keinerlei Antrieb, das dortige Hauptvorhaben der Briten zu unterstützen, mittels mehr sicherheitspolitischen Engagements Handelsvorteile außerhalb der EU zu erlangen. [...] Mit Blick auf Frankreich drohen deutsch-

militärischen Organisation möglich, Kolonien auszuplündern und Handelsregeln zu diktieren. Das plastischste Beispiel hierfür ist die Reihe von Kriegen im 19. Jahrhundert, die China zwingen, sich am Opiumhandel mit Britisch Indien zu beteiligen, der sich für Großbritannien als überaus erfolgreich erwies, aber große Teile der chinesischen Gesellschaft vergiftete und ihren Ruin beschleunigte.“²⁷ Oder, in den Worten des Autors Pankaj Mishra, die liberale internationale Ordnung sieht sehr nach der Welt aus, die der „Imperialismus geschaffen hat.“²⁸

Großbritannien dagegen proklamiert die Fairness und Alternativlosigkeit dieser Ordnung, woraus das Recht abgeleitet wird, gegen Staaten vorzugehen, die deren Regeln brechen. So meldete sich Premierministerin Theresa May folgendermaßen zu Wort: „Die Aufgabe von Global Britain ist eindeutig: Die Regelbasierte Ordnung gegen verantwortungslose Staaten zu verteidigen, die sie untergraben wollen.“²⁹

Und genau in diesem Zusammenhang werden Pekings Aktionen im Südchinesischen Meer gesehen, woraus wiederum die Rechtfertigung eigener FONOPS abgeleitet wird: „Gavin Williamson, der britische Verteidigungsminister, sagte am 3. Juni [2018] – einen Tag nachdem US-Verteidigungsminister Jim Mattis China ‚Einschüchterung und Nötigung‘ im Südchinesischen Meer vorgeworfen hatte – dass der Einsatz der Albion und anderer Schiffe in der Region ‚stärkste Signale‘ zur Bedeutsamkeit der Schifffahrtswegfreiheit waren. ‚Wir glauben, dass sich die Länder an die Regeln halten sollten‘, sagte Williamson mit einem klaren Hinweis auf China. Der erhöhte Druck seitens der USA und Großbritanniens hat Chinas Ambitionen hinsichtlich der Wasserwege, durch die jährlich Trillionen [sic!] von Dollar passieren, nicht gebremst.“³⁰

französische Querelen wegen dessen angestrebter Rüstungsallianzen im Indo-Pazifik. Deren Logik ist es schließlich, der französischen Industrie Ertragsdomänen zu sichern, unter Ausschluss anderer Mitbewerber wie der deutschen Wirtschaft. [...] Es muss deutlich werden, dass der EU-Aussteiger Großbritannien außerhalb der Union nicht erfolgreicher agiert. Gerade der Indo-Pazifik ist ein wichtiger Aktionsraum, um die Relevanz der EU als geopolitischer Akteur zu zeigen und auszubauen.⁴⁷

Womöglich ist diese Sorge, eine französisch-britische Entente könnte sich negativ auf Deutschlands Wirtschaftsinteressen in Ostasien auswirken, für den Vorstoß der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer Mitte März 2019 verantwortlich, einen europäischen – sprich: deutsch-französischen – Flugzeugträger in Angriff zu nehmen: „Im nächsten Schritt könnten wir mit dem symbolischen Projekt des Baus eines gemeinsamen europäischen Flugzeugträgers beginnen, um der globalen Rolle der Europäischen Union als Sicherheits- und Friedensmacht Ausdruck zu verleihen.“⁴⁸

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, dass derlei Überlegungen, die kurz darauf auch von Kanzlerin Angela Merkel wohlwollend aufgegriffen wurden⁹, auch dazu dienen sollen, einen Keil in die anvisierte britisch-französische Entente zu treiben. Im Augenblick ist offen, wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird, es lässt sich aber bislang zumindest noch nicht sagen, dass Deutschland mit dem Vorschlag für einen gemeinsamen Flugzeugträger in Paris offene Türen eingerannt wäre: „So weit sind wir noch nicht. Es gibt eine Vielzahl von Fragen“, sagte die französische Verteidigungsministerin Florence Parly unserer Partnerzeitung ‚Ouest-France‘. ‚Handelt es sich um den Bau eines Flug-



Fregatte Schleswig-Holstein. Quelle: Torsten Bätge / Wikipedia (CC BY-SA 3.0)

zeugträgers, indem man europäische Industriekapazitäten zusammenlegt? Wären die Missionen in der Hand der Europäer? Wie sähe der Prozess aus?“, fragte Parly. Für Frankreich ist die Souveränität eine Schlüsselfrage. Wenn es zum Beispiel um den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle gehe, lägen die Entscheidungen über Aufklärungsoperationen oder Militärschläge in der Hand der Regierung in Paris, unterstrich die Verteidigungsministerin.⁴¹⁰

Anmerkungen

- 1 Siehe Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 5-14.
- 2 Naumann, Klaus: Herausforderungen und Chancen für Europa in Ostasien, in: Sirius, April 2019, S. 76–79, S. 76.

3 Ebd., S. 76ff..

4 Kamp, Karl-Heinz: NATO's coming existential challenge, NATO Defence College, Policy Brief, Nr. 6, März 2019, S. 4.

5 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, [Brüssel](#), 28.06.2016, S. 35.

6 <https://www.pivotarea.eu/2018/12/21/einladung-vortrag-frankreichs-grossbritanniens-neue-machtambitionen-im-indo-pazifik/>

7 Müller, Björn: Europäische Flugzeugträger im Pazifik, [FAZ](#), 28.01.2019.

8 AKKs Antwort auf Macron: Für einen europäischen Flugzeugträger (Nachtrag: Merkel), [Augengeradeaus](#), 10.03.2019.

9 Merkel für Bau von Europa-Flugzeugträger, [n-tv](#), 11.03.2019.

10 Milliardenprojekt: Merkel will eigenen Flugzeugträger, [Hamburger Abendblatt](#), 19.03.2019.

3.2 Diego Garcia: Offenbarungseid der Regelbasierten Ordnung

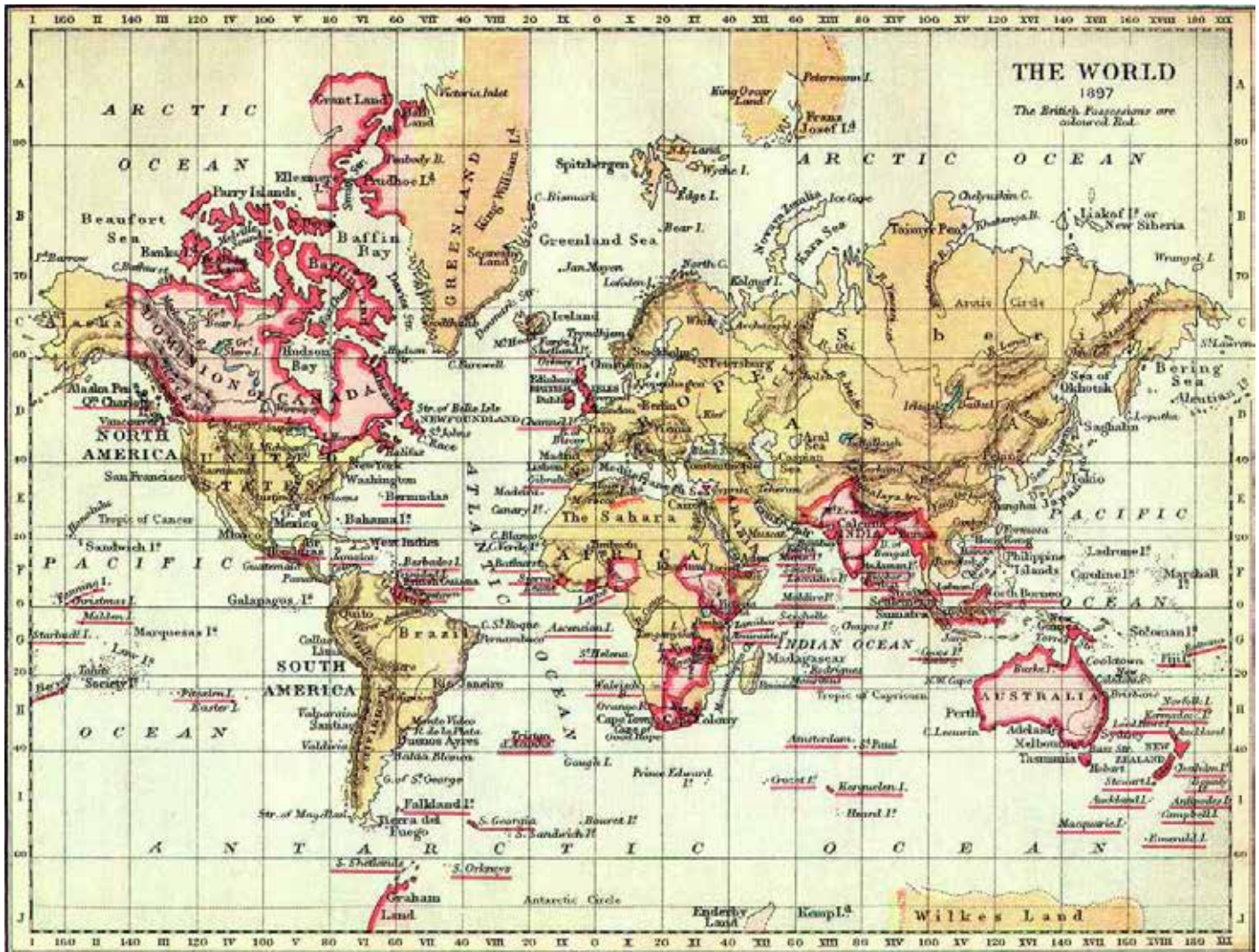
Wenn Kritiker der realexistierenden Regelbasierten Ordnung weitere Argumente benötigten, um zu untermauern, dass sie primär den Interessen der Architekten des Systems dient, so wurden diese durch die Vorgänge rund um den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 25. Februar 2019 im Falle der Chagos-Inseln geliefert.

Die einzig bewohnte Insel des Atolls ist Diego Garcia, wo einige britische und mehrere tausend amerikanische Soldaten stationiert sind. „Die USA haben den Stützpunkt allerdings von Großbritannien nur gepachtet, das sich die Chagos-Inseln wegen seiner strategischen Lage 1965, kurz vor der Unabhängigkeit der britischen Kolonie Mauritius 1968, gesichert hatte. [...] Im

Hintergrund standen bereits die USA, die hier ebenfalls einen Stützpunkt einrichten wollten. Es kam zu einem Vertrag, der den USA die Nutzung bis 2016 garantiert hatte und dann auf 2036 verlängert wurde.“³¹

Um den Stützpunkt unter Kontrolle zu bringen, wurden etwa 2.000 Chagossianer zwangsweise umgesiedelt, die sich seit vielen Jahren um eine Entschädigung und ein Rückkehrrecht bemühen. Das Ganze ging an den IGH, der nun einen bahnbrechenden Spruch fällt: „[Am 25. Februar 2019] verkündete der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung, die mehrheitlich 13:1 zustandekam, nur der britische Richter stimmte dagegen. Danach ist die Annexion der Chagos-Inseln völkerrechtlich illegal. Die britische Regierung wird aufgefordert, die Inseln schnell wieder an Mauritius zurückzugeben.“³²

Einmal mehr demonstrierte Großbritannien im Lichte des



Das Britische Weltreich im Jahr 1897. Quelle: Wikipedia

Schiedsspruches, dass die internationalen Regeln aus seiner Sicht nicht für alle gelten: „Das britische Außenministerium machte schon einmal Widerstand deutlich. Die Meinung sei kein Urteil. Man werde sie sich genau ansehen, aber sie sei rechtlich nicht verbindlich. Und der Stützpunkt auf dem British Indian Ocean Territory sei notwendig, um ‚die Menschen in Großbritannien und auf der ganzen Welt von terroristischen Bedrohungen, organisierter Kriminalität und Piraterie zu schützen‘.“³³

3.3 Auf Kollisionskurs mit China

Die vorher geäußerte Kritik an der Regebasierten Ordnung heißt mitnichten, dass Chinas Handlungen allesamt völlig unproblematisch wären. Sehr wohl aber sollte nachvollziehbar sein, dass Pekings Interesse begrenzt ist, sich den westlichen Ordnungsvorstellungen unterzuordnen. Und es geht darum zu verdeutlichen, dass die nassforsche Art, mit der Großbritannien (aber auch andere westliche Länder, allen voran die USA), das „Recht“ für sich reklamiert, völlig einseitig die weltpolitischen Regeln und deren Auslegung zu bestimmen, angesichts der realen Machtverhältnisse zwangsläufig zu schweren Konflikten führen wird.

Es handelt sich im Indo-Pazifik (und nicht nur dort) also um eine zunehmend verschärfte machtpolitische Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher Regelsets. Hier mit mehr Militär zu reagieren, trägt nur zur ohnehin angespannten Lage in der Region weiter bei: „Das wären die ersten britischen Militärbasen in der Region seit dem Rückzug der meisten Truppen vor über einem halben Jahrhundert. [...] China würde dies extrem kritisch sehen.

Tatsächlich würde dies als ein Statement seines vormaligen Kolonialherren empfunden, dass er Teil der US-Verschwörung geworden ist, das Land zu konfrontieren, einzuschnüren und einzudämmen. [...] Zusammengefasst könnte eine neue britische Militärbasis in Südostasien ernste nicht-beabsichtigte Folgen für alle Betroffenen mit Ausnahme vielleicht der USA haben.“³⁴

Interessant ist auch, dass eine der HJS-Publikationen zwar vor der Gefahr einer „unbeabsichtigten Eskalation“ warnt (HJS2: 22). Unglaublich werden solche Äußerungen allerdings, wenn gleichzeitig aber allenthalben ein Ausbau der FONOPS gefordert wird, die hohes Eskalationspotenzial in sich bergen. Ein Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) bewertet FONOPS folgendermaßen: „Vor allem wenn sie besonders große oder leistungsfähige Waffensysteme umfassen, wohnt den »Freedom of Navigation«-Operationen eine weitergehende Symbolik inne: Sie sind dann ein Zeichen dafür, dass man grundsätzlich willens und in der Lage ist, militärische Gewalt in einem Maße anzuwenden, dem die andere Seite nicht gewachsen ist.“³⁵

Tatsächlich hat Großbritannien bereits mit FONOPS begonnen, deren Ziel es unter Verweis auf einen Spruch des Ständigen Schiedsgerichts in Den Haag von 2016 ist, dadurch chinesische Gebietsansprüche auf weite Teile des Südchinesischen Meeres in Frage zu stellen. Der bislang größte „FONOPS-Vorfall“ ereignete sich am 31. August 2018: „Das Kriegsschiff HMS Albion, ein amphibisches Angriffsschiff, das ein Kontingent britischer Royal Marines und eines von drei Überwasserschiffen der Royal Navy transportierte, wurde von der chinesischen Marine — einer Fregatte und zwei chinesischen Helikoptern — konfrontiert, als

es Ende August in der Nähe des Chinesisch-besetzten Gebiets der Paracel-Inseln segelte. [...] ‚Die HMS Albion hat ihr Recht auf freie Schifffahrt in völliger Übereinstimmung mit internationalen Gesetzen und Normen ausgeübt‘, sagte ein Sprecher der Royal Navy gegenüber Reuters. [...] ‚Die entsprechenden Handlungen des britischen Schiffes verletzen das chinesische Recht und das einschlägige internationale Recht und Chinas Souveränität‘, erklärte das chinesische Außenministerium gegenüber Reuters. ‚China lehnt das entschieden ab und hat gegenüber der britischen Seite vehement Einspruch erhoben, um eine starke Unzufriedenheit auszudrücken.‘³⁶

In diesem Fall ging die Konfrontation noch einigermaßen glimpflich aus – es ist jedoch nicht in Stein gemeißelt, dass das beim nächsten Mal wieder der Fall sein wird.

In jedem Fall besteht hier das Problem, wie gesagt, weniger darin, dass die chinesischen Ansprüche nicht tatsächlich – freundlich formuliert – fragwürdig wären, sie sind es. Vielmehr geht es darum, dass Großbritannien (und die USA) in diesem Fall auf die Einhaltung der „Regeln“ in Form des Den Haager Spruches pochen, wenn ihnen aber solche Rechtssprüche nicht in den Kram passen, weil sie es sind, die die „Regeln“ brechen, sieht das selbstredend gleich ganz anders aus.

3.4 Global Britain – Britain Alone!

Um den Preis möglicher heftiger Konflikte mit China baut Großbritannien augenscheinlich seine Militärpräsenz in Ostasien vor allem in der Hoffnung aus, dies werde einen handelspolitischen Mehrwert erbringen. Doch die Hoffnung, hierdurch eine Alternative zum EU-Binnenmarkt zu erschließen, hat sich schon jetzt als Luftschloss entpuppt.

Der Sorge, dass Großbritannien mit einem EU-Austritt auch aus zahlreichen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten herausfliegen wird, wollte Handelsminister Liam Fox im Oktober 2017 offensiv den Wind aus den Segeln nehmen: „All die Feiglinge, die sagen, wir schaffen das nicht, erzählen absoluten Mist.“ Großbritannien werde am Tag des Brexit mindestens 40

Freihandelsverträge unter Dach und Fach haben, so die großspurige Ankündigung.³⁷ Im Februar 2019 berichtete Spiegel Online dann über Wunsch und Wirklichkeit des Unterfangens: „Wie düster die Lage aber genau aussieht, konnte London bisher geheim halten. Doch ein Schriftwechsel zwischen der britischen Regierung und der EU-Kommission, der dem SPIEGEL vorliegt, zeigt jetzt das ganze Ausmaß von Fox‘ Scheitern. Aus einer darin enthaltenen Liste geht hervor, dass London bis Ende Januar kein einziges der mehr als 40 EU-Handelsabkommen mit Drittstaaten fortschreiben konnte.“³⁸

Die Vorstellung, existierende EU-Handelsverträge ließen sich einfach kopieren, scheiterten an der Realität, da Drittländer sich in keiner Weise gewillt zeigten, Großbritannien dieselben Konditionen wie der ungleich größeren EU einzuräumen. Womöglich rührt gerade aus diesem kolossalen Scheitern und einer daraus erwachsenden Panik der jetzige Versuch, über einen Ausbau der militärischen Präsenz die handelspolitische Position zu retten – doch auch dies wird wohl nicht gelingen.

Der erhoffte „Run“ auf Handelsverträge mit Großbritannien bleibt jedenfalls bislang aus – und mit Blick auf China wurde die Rechnung für das britische Säbelrasseln ebenfalls umgehend präsentiert: Unmittelbar nach der RUSI-Rede von Verteidigungsminister Williamson reagierte Peking mit der Aussetzung von Handelsgesprächen: „Eine Rede des britischen Verteidigungsministers Gavin Williamson hat China vermutlich dazu veranlasst, die Handelsgespräche mit Großbritannien abzusa-gen. Die Gespräche zwischen dem chinesischen Vizepremier Hu Chunhua und dem britischen Finanzminister Philip Hammond waren Medienberichten zufolge ursprünglich für das vergangene Wochenende geplant gewesen. Sie wurden jedoch abgesagt, nachdem der britische Verteidigungsminister implizit damit gedroht hatte, einen Flugzeugträger im Südchinesischen Meer zu stationieren.“³⁹

Selbst manche Parteikollegen wie der konservative ehemalige Finanzminister George Osborne hielten sich angesichts dessen nicht mit Kritik zurück: „Wir haben einen Verteidigungsminister, der eine Kanonenbootpolitik der sehr althergebrachten Art



Inhaltsangabe

Vorwort

Einleitung

1. Vom NATO-Krieg zum Protektorat

2. Neoliberaler Umbau im Protektorat

3. Assoziierungsabkommen: Fixierter Neoliberalismus und periphere EU-Integration

4. Aufstand im neoliberalen Protektorat: Der bosnische Frühling 2014

5. Weiter wie bisher: Die Reformagenda der Internationalen Gemeinschaft

6. Proteste und (militärische) Kontrollversuche

Fazit

Die Broschüre „Europa und das neoliberale Pilotprojekt Bosnien-Herzegowina: Krieg – Besatzung – Ausbeutung – Repression“ (Informationen zu Politik und Gesellschaft“, Nr. 16, März 2019) wird in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing herausgegeben und kann gratis im Internet heruntergeladen werden. Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos (gegen Porto) via E-Mail bestellt werden: imi@imi-online.de

betreibt, und das zur selben Zeit, in der der Finanzminister und der Außenminister herumgehen und kundtun, dass sie eine enge wirtschaftlicher Partnerschaft mit China eingehen wollen.“⁴⁰

4. Post-Imperiale Hybris

Es bedarf schon einiger Kreativität, um zu dem Ergebnis zu gelangen, Großbritanniens Machtpotenzial sei größer als das Chinas zu bewerten. Ein Blick auf einige wenige der am häufigsten herangezogenen Machtfaktoren untermauert, wie realitätsfern eine solche Einschätzung ist. Was die jeweiligen Bevölkerungszahlen anbelangt: China 1,4 Mrd. (2018) vs. Großbritannien 66 Mio. (2018); Chinas Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf 14,1 Mrd. Dollar (2018), das Großbritanniens auf 2,9 Mrd. (2018); und der Verteidigungshaushalt liegt im Falle Chinas bei 168,2 Mrd. Dollar (2018) und bei Großbritannien bei 61,5 Mrd. (2018).⁴¹

Für die USA mögen hier noch etwas andere Einschätzungen gelten, aber im Falle Großbritanniens ist die Annahme, der anvisierte Ausbau der Militärpräsenz würde sich handelspolitisch positiv auswirken, angesichts der realen Kräfteverhältnisse reichlich fragwürdig: „Laut dem ‚International Institute for Strategic Studies‘ hat China seit 2014 Kriegsschiff-Tonnage im Umfang der gesamten Royal Navy zu Wasser gelassen. Chinas Seestreitkräfte überrunden inzwischen mit über 300 Einheiten auch die amerikanische Navy, die über 287 Einheiten verfügt, davon allerdings nur rund 180 im Indo-Pazifik.“⁴²

Zwar wird offen eingeräumt, dass Global Britain nur über eine massive Erhöhung des Verteidigungshaushaltes finanzierbar wäre. Dies müsste allerdings in einem Ausmaß geschehen, das schlicht nicht bezahlbar ist und sich durch seine Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung wohl sogar negativ auf die Machtposition des Landes auswirken würde. Selbst wenn man für militärisches Säbelrasseln auch nur das Geringste übrig hätte, bedarf es schon extremer Scheuklappen, um nicht zu realisieren, dass sich das Land hier vollkommen überhebt – und das um den Preis verschärfter Konflikte mit China, was einem gefährlichen und gänzlich unnötigen Spiel mit dem Feuer gleichkommt.

Als sich der Untergang des British Empire mehr als deutlich abzeichnete, das Land es aber noch nicht wahrhaben wollte, sorgte ein Satz, der in einer Rede des damaligen US-Verteidigungsministers Dean Acheson im Jahr 1962 fiel, für helle Empörung auf der Insel: „Großbritannien hat ein Empire verloren und noch keine Rolle gefunden.“⁴³ Überaus treffend griff der französische Wissenschaftler Thibaud Harrois diesen Spruch auf und wendete ihn auf die heutige Situation an: „Das Global-Britain-Narrativ richtet sich an die Erwartungen der Öffentlichkeit an eine Großmacht. Dieses narrativ entbehrt allerdings jeder Substanz und die Post-Bexit Außen- und Verteidigungspolitik bestätigt und intensiviert die ohnehin zunehmende britische Isolation auf internationaler Ebene. [...] Das Global-Britain-Narrativ trieft vor einer nostalgischen Vergangenheit, als Großbritannien florierte und für sich allein agieren konnte. [...] Heute jedoch hat Großbritannien seine Rolle verloren [...] und es wird wohl kein Empire finden.“⁴⁴

Anmerkungen

- 1 Tharoor, Ishaan: Britain clings to imperial nostalgia as Brexit looms, *Washington Post*, 04.01.2019.
- 2 May, Theresa: Britain after Brexit. A vision of a Global Britain, *Conservative conference*, 02.10.2016.
- 3 Global Britain, *House of Commons Foreign Affairs Committee*, Sixth Report of Session 2017–19, 06.03.2018, S. 5.
- 4 <https://henryjacksonsociety.org/global-britain-programme>
- 5 Je nach zählweise: Streng genommen wurden in der Reihe bis März 2019 neun Berichte veröffentlicht, zumindest „Global Britain in the Indo-Pacific“ ist aber thematisch hinzuzuzählen.
- 6 Rogers, James: Audit of Geopolitical Capability 2019: An Assessment of Twenty Major Powers, Henry Jackson Society, 4th January 2019 (zit. als HJS0).
- 7 Hemmings, John: Global Britain in the Indo-Pacific, Henry Jackson Society, 22nd May 2018 (zit. als HJS1).
- 8 Hemmings, John/Rogers, James: The South China Sea: Why It Matters To “Global Britain”, Henry Jackson Society, 6th February 2019 (zit. als HJS2).
- 9 Seely, Bob/Rogers, James: Global Britain: A Twenty-First Century Vision, Henry Jackson Society, 11th February 2019 (zit. als HJS3).
- 10 Global Britain and the Future of the British Armed Forces, Henry Jackson Society, 28th November 2017 (zit. als HJS4).
- 11 Siehe zB Seely, Bob: A Definition of Contemporary Russian Conflict: How Does the Kremlin Wage War? *Henry Jackson Society*, Russia and Eurasia Studies Centre Research Paper No. 15 (2018).
- 12 Siehe Haydt, Claudia/Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU, Berlin 2018, insb. Kapitel 1.
- 13 Rogers, James: Audit of Geopolitical Capability: A Comparison of Eight Major Powers, *Henry Jackson Society*, 12.09.2017.
- 14 Allison, George: Study ranks Britain ‘second most powerful country in the world’, ukdefencejournal.org.uk, 18.05.2018.
- 15 Auf Basis der jüngsten *NATO-Schätzungen*.
- 16 Siehe zB Stevenson, Sam: UK is world’s 2nd most powerful nation claims study – and Brexit will NOT impact dominance, *Express*, 04.01.2019.
- 17 Siehe zB Hemmings, John/Hau, Milia: The Future of Global Britain? *RUSI Commentary*, 14.08.2018.
- 18 Siehe zB Jones, Henry: Gavin Williamson lays out defence plans for a ‘Global Britain’, <https://ukdefencejournal.org.uk>, 11.02.2019; oder Sengupta, Kim: Williamson’s military manoeuvres can’t make up for Britain’s weak hand post-Brexit, *The Independent*, 11.02.2019.
- 19 We are opening new overseas bases to boost Britain, *The Independent*, 30.12.2018.
- 20 Defence in Global Britain, Defence Secretary Gavin Williamson gave a speech at RUSI outlining the future direction of the UK Armed Forces, *RUSI*, 11.02.2019.
- 21 Stansfield, Gareth/Kelly, Saul: *A Return to East of Suez? UK Military Deployment to the Gulf*, RUSI Briefing Paper, April 2013. Siehe ausführlich: Wagner, Jürgen: Empire Redux? Großbritannien will erneut die imperiale Bürde „östlich von Suez“ schultern, in: *AUSDRUCK* (Juni 2013), S. 25-27.
- 22 UK Permanently Stations Surface Combatant in Persian Gulf, *Royal Navy News*, 12.04.2019.
- 23 Tossini, Vitor: A look at the considered locations for new British military bases overseas, <https://ukdefencejournal.org.uk>, 01.03.2019.
- 24 Jones 2019.
- 25 Mercator Institute for China Studies, *China Update* 4/2019.
- 26 Sengupta 2019.

- 27 Karaganow, Sergej/Suslov, Dmitry: A new world order: A view from Russia, [Russia in Global Affairs](#), 04.10.2018.
- 28 Dworkin, Anthony/Leonard, Mark: Can Europe save the world order?, [European Council on Foreign Relations](#), Policy Brief, Mai 2018, S. 6.
- 29 Zit. bei [Journal of Democracy](#), Volume 29, Number 1 (January 2018), S. 183.
- 30 Pickrell, Ryan: Ein britisches Kriegsschiff hat im Südchinesischen Meer für Empörung bei Chinas Militär gesorgt, [Business Insider](#), 07.09.2018.
- 31 Rötzer, Florian: Der amerikanisch-britische Stützpunkt Diego Garcia verstößt gegen das Völkerrecht, [Telepolis](#), 26.02.2019.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Valencia, Mark: New British Military Base In Southeast Asia Could Have Unintended Consequences – Analysis, [eurasiareview.com](#), 12.01.2019.
- 35 Becker, C.: Große Statussorgen um kleine Inseln: militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer, [SWP-Studie](#), 3/2017, S. 13.
- 36 Prickrell 2018.
- 37 Becker, Markus: Briten scheitern krachend mit ihren Handelsplänen, [Spiegel Online](#), 13.02.2019.
- 38 Ebd.
- 39 Mercator Institute for China Studies, [China Update](#) 4/2019.
- 40 ‘Gunboat diplomacy’ dispute upsets UK trade mission to China, [Financial Times](#), 15.02.2019.
- 41 Quellen: Wikipedia (Einträge [China](#) und [Großbritannien](#)), [Statista](#), [Military Balance 2019](#).
- 42 Müller 2019.
- 43 Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire: Die innere Dekolonisation Grossbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005, S. 319.
- 44 Harrois, Thibaud: Towards ‘Global Britain’ ? Theresa May and the UK’s Role in the World after Brexit, [L’Observatoire de la société britannique](#), 21/2018, S. 51-73.

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisationsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

